

Liebe Genossinnen und Genossen,



es weihnachtet sehr. Doch nicht jedem ist weihnachtlich zu Mute. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Provinzial NordWest bangen plötzlich um ihre Arbeitsplätze. Wie aus dem

Nichts ist eine Offerte der Allianz-Gruppe an den Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein herangetragen worden. Hier will sich einer die derzeit schwierige Situation der Sparkassen zu Nutze machen. Die SPD Ostholstein spricht sich gegen eine Veräußerung aus. Dazu findet ihr in dieser Ausgabe noch einen Artikel.

Die Kommunal- und die Bundestagswahl werfen immer weitere Schatten voraus. Der Beteiligungsprozess um das Kreiswahlprogramm ist gestartet, und die erste Runde mit den Workshops ist beendet. Nun werden die Ergebnisse redaktionell bearbeitet und dann den Arbeitsgebieten und den Arbeitsgemeinschaften zur weiteren Beratung zur Verfügung gestellt.

Landauf, landab werden die DirektkandidatInnen nominiert. Für den Wahlkreis 9, Ostholstein/Nordstornarn, findet der Nominierungsparteitag am 4. Februar in Neustadt/Holstein statt. Manuela Schwesig, Sozialministerin Mecklenburg-Vorpommerns und stellv. Bundesvorsitzende, wird zu uns sprechen. Ich würde mich freuen, wenn ich neben den Delegierten auch viele Besucherinnen und Besucher begrüßen darf.

Nicht zuletzt möchte ich mich bei euch für eure Arbeit für die Partei in diesem Jahr zu bedanken. An vielen Stellen habt ihr in unterschiedlichen Funktionen dafür gewirkt. Vielen Dank. Und ich möchte an die Genossinnen und Genossen erinnern, denen wir in diesem Jahr das letzte Mal „Tschüss“ gesagt haben. Es ist immer schmerzvoll, lange Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter zu verabschieden. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich wünsche euch allen, euren Familien und euren Freunden ein geruhsames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. ■

Euer
Lars Winter
Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

Kein Ausverkauf der Provinzial!

Bei zweistelligen Minusgraden haben in Kiel vor wenigen Tagen rund 2000 Beschäftigte für ihre Arbeitsplätze im Norden demonstriert. Ich selbst war dort, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber unsere Solidarität auszudrücken und habe deutlich gemacht: Die Provinzial wirbt mit dem Slogan „Alle Sicherheit für uns im Norden“ – das muss auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten!

Eine mögliche Übernahme der Provinzial durch die Allianz würde Schleswig-Holstein mit dem Standort Kiel ganz besonders betreffen. Inzwischen erreichte uns aus Nordrhein-Westfalen die Nachricht, dass der Sparkassenverband Westfalen-Lippe und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, die jeweils 40 Prozent an der Provinzial Nordwest halten, bis Ende März über eine mögliche Fusion mit der Provinzial Rheinland sprechen wollen. Mittlerweile haben auch die Sparkassen als Miteigentümer bekannt gegeben, dass sie einem Verkauf nicht zustimmen wollen. Das ist eine gute Entscheidung, denn würde die Provinzial-Versicherung verkauft, ständen tausend Arbeitsplätze in Norddeutschland auf dem Spiel.

Die Vorgänge um den Vorstandschef der Provinzial, auf die man erst mit Unverständnis reagiert, führen bei längerem Nachdenken aber heute eher zu Betroffenheit. Wie viel Druck muss da auf jemand gelastet haben, der für seine Mitarbeiter und deren Arbeitsplätze glaubte, auf verlorenem Posten zu kämpfen?

Neben dem Verlust von Arbeitsplätzen steht bei einem Verkauf der Provinzial aber noch viel mehr auf dem Spiel: Dazu gehören die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die regionale Verbundenheit und das damit einhergehende soziale und kulturelle Engagement der Provinzial – vom Sport bis zur Feuerwehr.

Diese soziale und gesellschaftspolitische Verantwortung, die unsere Provinzial und auch unsere Sparkassen auszeichnet, darf nicht preisgegeben werden! Gerade die Kommunen würden ein Wegfallen dieses Engagements zu spüren bekommen.

Einige unserer Sparkassen brauchen Hilfe. Eine Lösung kann aber sicherlich nicht in einer einmaligen Finanzspritze durch den Verkauf der Provinzial bestehen. Wir suchen eine langfristige Pers-

pektive, die nicht das Ende der öffentlich-rechtlichen Säule in der Finanzwirtschaft bedeutet, sondern ihre Stärkung. Wir wollen den Sparkassen helfen und sie in der öffentlich-rechtlichen Familie halten.

Leider besteht diese konkrete Gefahr, weil es schon zu viele Beispiele von Gerichtsurteilen auf europäischer Ebene gegeben hat, die belegen, dass der Wettbewerbs-Fundamentalismus in Brüssel ein Zuhause gefunden hat. Und mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 und die Europawahl 2014 sage ich dazu, dass wir eben auch deshalb andere Mehrheiten auf europäischer Ebene brauchen.

Um Privatisierungen in jedem Fall zu vermeiden, führen wir derzeit zahlreiche Gespräche. Hierfür hat die SPD immer gestanden. Anders als die Opposition, die – angetrieben durch die FDP – Privatisierungen wollte. Das ist der klare Unterschied: Wir wollen keine Privatisierung – weder jetzt bei der Provinzial noch später bei den Sparkassen. Die SPD steht an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Ralf Stegner
SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender



Auch Gemeinden, Feuerwehren und Sportvereine sind betroffen

Kein Verkauf der Provinzial

Zurzeit droht der Verkauf der Provinzial NordWest an die Allianz-Gruppe. Vereinfacht ausgedrückt kann man sagen, die Provinzial soll privatisiert werden. Damit sind mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Hauptzentrale in Kiel von Kündigung bedroht. Die Auswirkungen auf die Büros in der Fläche sind noch nicht eingerechnet.

Die SPD Ostholstein spricht sich gegen den Verkauf der Provinzial NordWest aus. Weiterhin wird der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Holstein, Herr Dr. Lüdiger, aufgefordert, sich innerhalb der Sparkassenorganisation dafür einzusetzen, dass keine Privatisierung der Provinzial NordWest stattfindet.

Vor 1995 hatte das Land Schleswig-Holstein die Gewährsträgerschaft für die

Provinzial. Damals wurde mit den Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein (SGVSH) gemeinsam beschlossen, dass der SGVSH und der Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband (OSGV) die Gewährsträgerschaft übernimmt. Damit sollte verhindert werden, dass sich die private Versicherungswirtschaft die gut ausgebaute Struktur der Provinzial Nord unter den Nagel reißt. Auch die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft 2001 und die Fusion mit der Westfälischen Provinzial zur Provinzial NordWest haben die Grundausrichtung der Provinzial nicht verändert. In mehr als 880 Orten werden Büros der Provinzial zur Versorgung der Bevölkerung betrieben. Die örtliche Nähe und der Umstand, dass sich viele kleine Gemeinden fast ausschließlich bei der

Provinzial versichert haben, hat zu einer win-win-Situation geführt. Die Provinzial ist als große Sponsorin für die Städte und Gemeinden, den Breitensport und die Feuerwehren nicht mehr wegzudenken.

Nun muss man ehrlicherweise eingestehen, dass es den Sparkassen in Schleswig-Holstein nicht gut geht. Trotzdem muss man vor einer Kurzschlussreaktion warnen. Die Provinzial NordWest erwirtschaftet derzeit Überschüsse und wird ausweislich vorliegender Gutachten und Stresstests auch zukünftig Überschüsse erwirtschaften. Die Provinzial NordWest steht auf der AKTIVSEITE der Bilanz der Sparkassenfamilie. ■

Lars Winter, MdL
SPD Kreisvorsitzender Ostholstein
Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender Ostholstein

Bundesparteitag in Hannover

Am zweiten Advent haben sich die Sozialdemokraten in Hannover zum Bundesparteitag getroffen. Da die Nominierung unseres Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück der Tagesordnungspunkt war, wurde der Parteitag in Peerteitag umbenannt, zumindest in den sozialen Netzwerken.

Peer Steinbrück hat sich in einer zweistündigen Rede in die Herzen der Delegierten geredet. Als sehr angenehm wurde empfunden, und die Presse hat das auch aufgenommen, dass Peer nicht nur über Banken und Finanzsysteme gesprochen hat. Er hat das ganze politische Spektrum abgedeckt, das ein Bundeskanzler zu bewältigen hat. Hier einige Beispiele:

❖ Heute wollen wir gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften auch steuerlich gleichstellen und einen Rechtsanspruch auf flächendeckende Kinderbetreuung nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich. Und wir wollen dafür sorgen, dass in Deutschland geborene Kinder auch die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen.

❖ Der soziale Wohlfahrtsstaat ist seit jeher das große Projekt der deutschen Sozialdemokratie. Er ist die Grundlage dafür, Marktwirtschaft und Gemeinwohl miteinander zu versöhnen. Dieser soziale Wohlfahrtsstaat ist keine Zutat, kein Luxus je nach Kassenlage, sondern die materielle

Einlösung des Solidaritätsversprechens. Er erst macht Freiheit und Demokratie möglich. Gäbe es ihn nicht, würden die Konflikte in unserer Gesellschaft sehr viel unmittelbarer aufeinanderprallen, gäbe es ihn nicht, wäre die Friedfertigkeit unserer Gesellschaft bedroht.

❖ Das mag einigen – ich hoffe, sehr wenigen – in den oberen Etagen unseres gesellschaftlichen Gebäudes verhältnismäßig gleichgültig sein. Mir und uns macht das Sorgen. Ich sage denjenigen, die eher in den Penthousewohnungen leben: Auf Dauer könnte ihr nur so weit in Ruhe leben, wie der Hausfrieden auch in den mittleren Etagen gilt und es vom Untergeschoss einen Fahrstuhl zum Aufstieg gibt. Erst dann ist dieses Gebäude intakt; denn sonst kracht die ganze Bude in sich zusammen.

❖ Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist zwar nach der Föderalismusreform in die Zuständigkeit der Länder geraten, aber das schließt ja nicht aus, dass sich Bund, Länder und Kommunen zusammensetzen und wieder neue Förderungsprogramme entwickelt werden können, übrigens auch unter Einbeziehung des Genossenschaftswesens, das uns dabei behilflich sein könnte. Statt der KfW, der Förderanstalt, eine Milliarde wegzunehmen, sollten wir ihr die Möglichkeit ge-

ben, auch weiter in Förderprogramme zu investieren, bis hin zum altersgerechten Bauen. Statt ihr den Zaster unterm Hintern wegzuziehen!

❖ Ich will eine rot-grüne Mehrheit für dieses Land. Ich stehe für eine Große Koalition nicht zur Verfügung. Ich will, dass Deutschland wieder ein neues soziales Gleichgewicht findet.

❖ Nun weiß ich allerdings mit euch, dass man einen so weitreichenden gesellschaftlichen Wandel nicht einfach per Gesetz beschließen und gesellschaftliche Mentalitäten nicht durch einen Knopfdruck verändern kann. Aber man kann einen solchen Prozess politisch gestalten und durch die Gestaltung der öffentlichen Debatte beeinflussen. Und man kann Rahmen setzen. Deshalb wird in meinem Kanzleramt eine Staatsministerin für die Gleichstellung von Frauen und Männern zuständig sein.

Mit der Nominierung von Peer Steinbrück ist die Wahl noch nicht gewonnen. Wir werden uns bis September 2013 sehr anstrengen müssen, um die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass wir die bessere, dass wir die richtige Wahl sind. Ich lade euch alle ein mitzumachen. Denn unter diesem Motto stand der Bundesparteitag. „Miteinander für Deutschland.“ ■

Rück- und Ausblick

SPD Ostholstein 2012 und 2013

Das Jahr nähert sich dem Ende und es ist Zeit einmal zurück zu schauen, was passiert ist und gleichzeitig einen Blick in die Zukunft zu werfen, um zu sehen, welche Aufgaben noch vor uns liegen.

2012 war ein Wahlkampfjahr. Die Landtagswahlen am 6. Mai sind uns bereits früh im Jahr begegnet. Nicht die Wahlkampf vorbereitungen. Nein, die haben wir im Vorjahr begonnen. Wir starten mit unserem Neujahrsempfang am 25. Januar in Eutin-Pulverbeck, bei der BQOH. Mit Torsten Albig hatten wir unseren Spitzenkandidaten zu Gast, der sich in einer Talkrunde mit Landrat Sager auseinandergesetzt hat. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass Landrat Sager begeistert von Torsten war. Der hat ihn bestimmt auch gewählt.

Auf dem Landesparteitag Anfang Februar in Lübeck wurde Torsten dann zum Spitzenkandidaten gewählt. Außerdem wurde das Regierungsprogramm verabschiedet und die Landesliste beschlossen. Ostholstein hat dabei gut abgeschnitten. Mit den Plätzen sechs (Regina Poersch), zwölf (Sandra Redmann) und 23 (Lars Winter) konnten wir zufrieden sein. Unsere Kandidatinnen und ich haben mit den Ortsvereinen und den Arbeitsgemeinschaften tolle Wahlkampfaktionen durchgeführt. Ob es die rote Karawane von Sandra, der rote Marktplatz mit mir oder die Aktionen von Regina waren. Allesamt waren es Hingucker und sorgten für Aufmerksamkeit. Am 6. Mai haben wir dann den Erfolg eingefahren. Regina und Sandra schrammten am Direktmandat vorbei und kamen über die Liste in den Landtag. Ich habe mit Glück und Geschick einen Vorsprung von 244 Stimmen errungen und bin ebenfalls in den Landtag eingezogen. Die Liste hätte mir nicht geholfen. Zu dritt setzen wir uns politisch für unser Land und besonders für unseren Kreis ein.

Der Wonnemonat Mai hat uns zwei

Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin
Telefon 04521/5957
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter
Korrektur: Gisela Teuchert-Benker
Schlussredaktion: Beate Müller-Behrens ■

weitere Wahlsiege beschert. Dr. Tordis Batscheider hat die Bürgermeisterwahl in Neustadt, und zeitgleich hat Haticce Kara die Bürgermeisterwahl in Timmendorfer Strand gewonnen.

Der Kreisvorstand hat zu seinen monatlichen Sitzungen regelmäßig Gäste eingeladen. In diesem Jahr sprachen wir u.a. mit den Trägern der Schuldnerberatungsstellen, mit zuständigen Mitarbeitern des Kreises zur Betreuung von Asylbewerberunterkünften, mit den Pröpsten unseres Kreises zur Bäderregelung, mit dem Vorstand des Lotsendienstes Stockelsdorf oder mit Vertretern der EGOH in Sachen Breitband Ostholstein. Die Arbeitsgemeinschaften unseres Kreisverbandes sind sehr aktiv. Die AfB konnte nach langem einsamem Kampf von Michaela Homann-Speck endlich einen kompletten Vorstand wählen. Mit dem Ostholsteinbrief informieren wir die Genossinnen und Genossen im Kreisgebiet und auch darüber hinaus.

Viele Genossinnen und Genossen aus unserem Kreis engagieren sich auch landesweit. So wurde Annette Schlichter-Schenck (OV Oldenburg) zur stellv. Landesvorsitzenden der AsF und Lothar Heinen (OV Heiligenhafen) ist zum stellv. Landesvorsitzenden der Arbeitsgruppe selbst aktiv gewählt. Weitere Genossinnen und Genossen nehmen BeisitzerInnenposten in den unterschiedlichsten Landesarbeitsgemeinschaften wahr.

Die SPD-Kreistagsfraktion ist ohne Unterlass dabei, beschlossene Positionen unseres Wahlprogramms in den Ausschüssen und dem Kreistag umzusetzen. Doch der konservative Block ist nicht einmal bereit, über die Vorschläge nachzudenken oder darüber zu debattieren. So sind Erfolge wie die Einstellung von Schulsozialarbeitern nur dadurch zu erreichen, weil eine finanzielle Entlastung des Kreises durch sozialdemokratische Politik in Berlin erreicht werden konnte. Ich spreche von der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung. Doch wir haben große Hoffnung, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag nach der Kommunalwahl 2013 wieder ändern. Wir haben in drei öffentlichen Workshops über unser zukünftiges Programm diskutiert und haben die Eckpunkte zusammengeschrieben. Es wird noch in diesem Jahr redaktionell überarbeitet, im nächsten Jahr finden dann die

Abschlussbesprechungen in den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsgebieten statt, der Kreisparteiausschuss und der Kreisparteitag werden es diskutieren und letzterer darüber beschließen.

Somit wären wir beim Ausblick angekommen. Der Kreisparteiausschuss zur Kommunalwahl wird am 13. Februar und der Kreisparteitag am 23. Februar 2013 stattfinden. Doch zuvor findet am 30. Januar unser Neujahrsempfang, voraussichtlich in Bad Schwartau, statt. Und am 4. Februar wollen wir unsere Kandidatin für die Bundestagswahl nominieren. Da bislang keine weiteren Bewerbungen eingegangen sind, gehe ich zurzeit davon aus, dass Bettina Hagedorn die einzige Bewerberin bleibt. In jedem Fall wird uns Manuela Schwesig, Sozialministerin Mecklenburg-Vorpommern und stellv. Bundesvorsitzende, besuchen kommen und zu uns sprechen.

Am 26. Mai werden dann die kommunalen Parlamente neu gewählt und wir erhoffen uns gute Ergebnisse in den Gemeinden, Städten und im Kreis. Bis dahin ist noch viel zu tun und ordentlich Wahlkampf zu betreiben.

Den Schwung, den wir uns von den Kommunalwahlen erhoffen, wollen wir mit in den Bundestagswahlkampf im September nehmen. Noch steht der Wahltag nicht fest. Es wird wohl der 22.9. werden.

Interne Wahlen stehen auch an. Am 20. April wird der Kreisvorstand neu gewählt. Ich werfe meinen Hut wieder in den Ring und bewerbe mich erneut um den Kreisvorsitz. Das sollte aber niemanden davon abhalten, auch für dieses Parteiamt zu kandidieren. Und wir brauchen auch engagierte BeisitzerInnen

Auf Landesebene werden wir eine Entscheidung treffen müssen, wie wir uns zum Antrag F2, der Beitragsneuverteilung, verhalten. Ebenso steht für den Kreisparteitag die Entscheidung an, ob wir am Delegationssystem festhalten sollen oder die Vollversammlung einführen wollen.

Überall, wo wir hinschauen, stehen wichtige und interessante Entscheidungen an. Macht mit, beteiligt euch, bringt euch ein. Dann wird es noch mehr Spaß machen.

Ich wünsche euch, euren Familien, Freunden und Bekannten eine ruhige und besinnliche Vorweihnachtszeit, ein frohes Fest, Gesundheit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr. ■

Lars Winter, MdL
Kreisvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr geht zu Ende und im Deutschen Bundestag dominierte 2012 bis zum Schluss das Thema Euro- und Finanzkrise in Europa unsere Beratungen nicht nur im Haushaltsausschuss. Neben Portugal, Spanien und Griechenland wissen wir, dass schon bald Zypern auf unserer Tagesordnung stehen wird – und wir schauen alarmiert nach Italien, wo der kriminelle Populist Berlusconi nach nur einem Jahr die Regierung Monti kippt, die immerhin überfällige Reformen angepackt hat, und durch europafeindliche, nationalistische Töne Neuwahlen gewinnen will. Da kann einem Angst und Bange werden. Klar ist: dramatische Jugendarbeitslosigkeit, die Verarmung von Familien bis in den Mittelstand und bei den Rentnern sind ein gefährlicher Nährboden für rechtes Gedankengut und anti-europäische Strömungen.

Als Deutsche müssen wir diese Gefahren ernst nehmen, denn die Zukunft Europas ist vor allem in unserem eigenen Interesse – und zwar nicht nur als Exportnation. Arbeitsplätze und Wohlstand hängen in unserem Land – wie in keinem anderen in Europa – davon ab, dass wir Deutsche in der Krise Solidarität beweisen. Die Regierung Merkel doktriert seit 2½ Jahren an den „Hilfspaketen“ für südeuropäische Länder – allen voran Griechenland – herum, ohne den Menschen in Deutschland ausreichend zu erklären, wohin ihr europäischer Kompass in dieser Situation zeigt. Schäuble und Merkel täuschen die Menschen seit Jahren, wenn sie sagen, dass die Rettungspakete Deutschland nichts kosten – bis heute hat Schwarz-Gelb keinen Cent dafür im Bundeshaushalt 2013 oder im Finanzplan vorgesehen. Das ist unverantwortlich und unsolid. Diese milliarden schwere Bombe im Bundeshaushalt wird platzen – aber Schäuble und Merkel hoffen inständig, dass das erst NACH der Bundestagswahl 2013 geschehen wird. Sie tricksen und täuschen und tun auf der europäischen Bühne so, als seien sie Musterschüler in Sachen Haushaltsdisziplin. Während sie sich dort als Schulmeister aufspielen und Wasser predigen, trinken sie Zuhause beim Koalitionsgipfel Wein und verteilen großzügig Wahlgeschenke, um den Koalitionsfrieden mit CSU und FDP zu kitten ... der Verkehrs- und Verteidigungsetat werden großzügig aufgestockt und dann noch das unsägliche Betreuungsgeld, das Eltern belohnen soll, die

ihre Kinder nicht in eine Krippe schicken. Der Arbeits- und Sozialetat wird weiter geschröpft, der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung milliarden schwer in die Kassen gegriffen und der Förderbank KfW eine Mrd. € aus der Rücklage „geklaut“ – und dennoch hat die angeblich so sparsame Regierung Merkel seit 2009 den Schuldenberg Deutschlands um – sage und schreibe – über 110 Mrd. Euro erhöht und schwadroniert gleichzeitig vom Einhalten der Schuldenbremse ab 2016. Eine neue Bundesregierung wird ab September 2013 angesichts dieser desaströsen Bilanz vor gewaltigen Herausforderungen stehen.

Trotz dieser Kritik an der Regierung Merkel haben Sozialdemokraten ebenso wie Grüne bislang bei den Abstimmungen

im Bundestag zu den Rettungspaketen in Europa zugestimmt, am 29. Juni 2012 dem ESM-Vertrag und dem Fiskalpakt ebenso wie am 30. November der Nachbesserung des Griechenland-II-Paketes, wenn auch zuletzt – wie den Medien zu entnehmen war – mit großen Bauchschmerzen innerhalb der gesamten SPD-Fraktion. Warum die Bauchschmerzen?

Die bis jetzt in Abstimmung mit der Troika getroffenen Maßnahmen in Griechenland haben leider bisher erkennbar nicht zur Stabilisierung geführt. Die Rezession der griechischen Wirtschaft ist fatalerweise nicht gestoppt, die Arbeitslosigkeit steigt weiter, die Armut breitet sich aus. Der Schuldenberg wächst unaufhörlich. Es ist inzwischen von vielen



anerkannt, dass Griechenland zwar die härtesten Maßnahmen umgesetzt hat, die je ein europäischer Staat ergriffen hat – dennoch ist für die Menschen in Griechenland kaum Licht am Ende des Tunnels. Ich glaube nicht, dass es den Griechen an Reformbereitschaft fehlt, auch nicht an der Bereitschaft, den Gürtel enger zu schnallen – aber Vetternwirtschaft und Korruption blühen seit langer Zeit, wenige Familien beherrschen die Politikszene und eine reiche Clique in Politik, Wirtschaft und Finanzwesen sucht vorrangig das eigene Wohl (wie auch in Italien!). Die Regierung Merkel hat die Menschen 2010 glauben machen wollen, Griechenland könne 2014 eigenständig an die Kreditmärkte zurückkehren. Das war auch das erklärte Ziel der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds. Aber es war naiv. Und Sozialdemokraten und Grüne haben das schon damals gesagt – dennoch waren die Strukturreformen in Südeuropa ebenso wie die Hilfspakete ohne Alternative, deswegen haben wir zugestimmt.

Der aktuelle Troika-Bericht listet detailliert auf, welche der für Griechenland vereinbarten Maßnahmen verwirklicht wurden – und bescheinigt die Umsetzung ALLER 72 Punkte. Darunter sind massive soziale Eingriffe wie die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ab 2013 (in Deutschland ab 2029!), die Entlassung von Angestellten der öffentlichen Verwaltung und deutliche Einschnitte beim Kündigungsschutz – um nur drei Maßnahmen zu nennen. Die Finanzhilfe für Griechenland JETZT dennoch abzulehnen würde bedeuten, dass Europa jede Glaubwürdigkeit verloren hätte. Es geht eben nicht, Griechenland erst Auflagen zu machen und dann – wenn diese Auflagen unter größten Anstrengungen und Entbehrungen erbracht werden – die zugesagte Unterstützung zu versagen. Das wäre unfair und das Ende der europäischen Integration.

Aber die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen für eine langfristige Konsolidierung nicht aus und die soziale Schieflage der Maßnahmen empört die Menschen zu Recht. Nur im Sozial-, Renten- und Gesundheitsbereich einschneidende Maßnahmen durchzuführen, ohne dass die europäischen Finanzminister gleichzeitig dafür sorgen, dass eine wirksame Kapitalflucht aus Griechenland verhindert, das aus dem Land geschaffte Vermögen eingefroren

und die Vermögenden in größerem Umfang an den Konsolidierungsmaßnahmen in Griechenland beteiligt werden, sorgt für ein Pulverfass in der Bevölkerung. Wir Sozialdemokraten pochen auf eine solche Beteiligung von Oberschicht und Banken – das gebietet die volkswirtschaftliche Vernunft ebenso wie der Anstand sowohl gegenüber den griechischen wie deutschen Steuerzahlern!

Es ist eine zentrale Frage von Gerechtigkeit, dass die EU-Politik den Finanzsektor als Krisenverursacher endlich konsequent an den Konsolidierungsmaßnahmen beteiligt. Die nationale Bankenabgabe von Schwarz-Gelb hat z.B. 2011 anstelle von – laut regierungseigenen Prognosen – mit 1,3 Mrd. Euro trotz Rekordgewinnen der Banken weit weniger als die Hälfte eingebracht: viel zu wenig, um die Risiken eines Zusammenbruchs systemrelevanter Banken abdecken zu können! Die SPD fordert einen europäischen Bankenfonds, finanziert nicht von den Staaten bzw. Steuerzahlern, sondern eben von den Banken – wobei die Abgabenhöhe sich nach der Systemrelevanz und dem Risikoprofil der Banken richtet muss. Seit Jahren fordern wir außerdem die Einführung der Finanztransaktionssteuer, mit der Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und zur Ankerbelung von wichtigen Investitionen finanziert werden könnten.

Bitter ist, dass wir im Bundestag in den vergangenen Jahren immer wieder die Erfahrung machen mussten, dass diese Bundesregierung wichtige europäische Entscheidungen nach dem Terminkalender von Wahlen trifft – das fing beim ersten Hilfspaket für Griechenland im Frühjahr 2010 an, als Schwarz-Gelb VOR der NRW-Wahl die Parole ausgab: „Kein weiterer Cent für Griechenland!“ Heute heißt es ebenso falsch wie populistisch: „Kein weiterer Schuldenschnitt für Griechenland!“, obwohl genau das nicht nur der Internationale Währungsfonds als Troika-Mitglied und Haupt-Finanzier fordert – reine Verzögerungstaktik der Bundesregierung angesichts der nahenden Wahlen in Niedersachsen, Bayern und für den Bundestag. Jeder weiß: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ein Schuldenschnitt für Griechenland unausweichlich sein wird – die Regierung hofft auf den Tag der Wahrheit erst NACH der Bundestagswahl.

Aber ich bin überzeugt – es wird Ihr nichts nützen: die Menschen haben ein Gespür dafür, wenn sie belogen werden. Die

Glaubwürdigkeit der Merkel-Regierung ist Umfragen zufolge fast bei Null. Wir starten optimistisch in das Jahr 2013, das uns mit der Kommunalwahl im Mai und der Bundestagswahl im September zwar viel Arbeit beschert – aber hoffentlich auch die Chance auf neue Mehrheiten zu Gunsten einer gerechteren Politik.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und einen Guten Rutch und freue mich selbst auf schöne Stunden mit Familie und Enkeln in Kasseeedorf. ■

Herzlichst Ihre und Eure

Bettina Hagedorn



Für eine besinnliche und gemütliche Weihnachtszeit habe ich mein aktuelles Weihnachtsliederbuch mit den 50 schönsten Weihnachtsliedern erneut in meinem Wahlkreis zwischen Fehmarn und Reinfield verteilt. Die Nachfrage war so riesig, dass nach nur fünf Wochen alle 5000 Weihnachtsliederhefte vergriffen waren. Auf zahllosen Adventsfeiern in den Betreuungseinrichtungen, bei den Senientreffs der Wohlfahrtsverbände, bei den Seniorenbeiräten und bei den SPD Ortsvereinen sorgten die Hefte für viel Freude. Seit 2005 habe ich in meinem Wahlkreis bereits über 27.000 solcher Liederhefte verteilt – neben dem Weihnachtsliederheft haben vor allem die beiden Bände „Unsere schönsten Volkslieder“ sowie das Kinderliederheft stets für Freude gesorgt. ■



Weihnachtsgrüße der SPD Kreistagsfraktion

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

das Jahr 2012 neigt sich dem Ende entgegen und das Jahr 2013 mit zwei richtungweisenden Wahlen, der Kommunal- und der Bundestagswahl, steht vor uns. Am 26. Mai wird der Kreistag neu gewählt und unser politisches Ziel ist es, die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag zu verändern, damit wir wieder ein sozial gerechtes Ostholstein bekommen. In der neuen Wahlperiode wird der Landrat wieder durch den Kreistag gewählt. Der Kreistag wird sich von 65 Abgeordneten auf 49 verkleinern.

Der bürgerliche Block hat seit 2003 im Kreistag sehr viele soziale Einschnitte politisch durchgestimmt, z.B. die Auflösung der Kinderkommission, die Streichung der Pflegeberatungsstelle und die Einführung der Schülerbeförderungskosten usw. (s. a. Redebeitrag zum Haushalt 2013). Der Block von CDU/FDP ist aber in der letzten Wahlperiode mit seiner schulpolitischen Kampagne gegen die Gesamtschule in Pansdorf kläglich gescheitert. Die Gesamtschule in Pansdorf, jetzt Gemeinschaftsschule in Ratekau, ist das schulpolitische Erfolgsmodell der SPD Bildungspolitik. Die CDU/FDP Koalition im Kreistag hat sich in dieser Wahlperiode nur mit konsolidieren, sparen, kürzen und streichen beschäftigt.

Im Wahljahr 2013 sind wir als Fraktion zehn Jahre in der Opposition, waren aber in diesen zwei Wahlperioden der politische Taktgeber. Wir waren und sind die politische treibende und gestaltende Kraft im Kreis Ostholstein. Wir hatten zwar nicht die Mehrzahl der Sitze im Kreistag, aber die Mehrzahl der besseren Argumente. Die Fraktion hat zu den Haushaltsberatungen 2013 vier Anträge eingereicht:

1. Rechtskonforme Anwendung von § 114 Abs. 3 Schulgesetz

Nach dem Inhalt des Schreibens des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft vom 23.10. 2012 unterliegt es endgültig keinen Zweifeln mehr, dass die für die Zeit ab 2011 von der verbindlichen Regelung des § 114 Abs.3 SchG mit signifikanten Abweichungen vorgenommenen Kostenlastenregelungen mit den Gemeinden im Schülerverkehr unzulässig waren und sind. Die gesetzliche Kostenaufteilung von 1/3 zu 2/3 ist nicht verhandelbar, insbesondere auch, wenn sie mit derartig hohen fi-

nanziellen Benachteiligungen des Kreises einhergeht.

Die SPD Fraktion beantragt: Der Landrat wird aufgefordert, rückwirkend für 2011 im Bereich des Schülerverkehrs mit den Schulträgern rechtskonforme Kosten- und Lastenregelungen zu treffen.

2. Schulbuskosten

Der Landtag hat §114 Abs. 2 SchulG am 16. 11. 2012 dergestalt geändert, dass die Kreise nicht mehr verpflichtet sind, Eltern bzw. Schülerinnen und Schüler an den Schulbuskosten zu beteiligen. Wie andere Kreise, sollte auch der Kreis Ostholstein Eltern und Kinder von der Beteiligung an den Kosten des Schülerverkehrs befreien.

Die SPD Fraktion beantragt: Die Regelungen des § 10 der Schülerbeförderungssatzung sind so zu ändern, dass Schülerinnen und Schüler des Kreises mit Wirkung vom 1. 8. 2013 nicht mehr an den Kosten des Schülerverkehrs beteiligt werden.

3. Eckwertebeschluss/Personalkosten

Inhalt und Erörterungen des neuesten Personalberichts auch mit dem Personalrat haben leider weiter einen sehr hohen Krankenstand bei den MitarbeiterInnen der Kreisverwaltung ergeben. Diese Situation ist u. a. sowohl durch einen erheblichen psychologischen Arbeitsdruck in Folge einer insgesamt nicht zu übersehenden Arbeitsverdichtung als durch Stellenabbau in den vergangenen Jahren eingetreten. Aus personalfürsorgenderischen Gründen sind daher alle Maßnahmen zu unterlassen, die zu einer Verschärfung der geschilderten Situation führen können.

Die SPD Fraktion beantragt: Dem Teil des Eckwertebeschlusses auch zum Haushalt 2013, wonach „im Rahmen der Bewirtschaftung des Stellenplans“ Personalkosten von 275.000 € sowie noch nicht veranschlagte Besoldungsmehraufwendungen einzusparen sind, wird nicht gefolgt.

4. Stiftungshaushalt/Neue Eutiner Festspiele

Nach dem von der Verwaltung eingearbeiteten Beschluss des Kuratoriums ergibt sich ein derzeit vorgesehener Kreisanteil von 996.400 € mit einer Kürzung des für die Neuen Eutiner Festspiele vorgesehenen Zuschusses um 5.000 € auf 25 000 €. Nach

den erheblichen Kürzungen der Vorjahre sollte die Kulturförderung zunächst von weiteren Einsparungen verschont werden, aber dennoch die weitere kulturelle Entwicklung gefördert werden.

Die SPD Fraktion beantragt, die vorgesehenen Kürzungen werden zurückgenommen. Die 30.000 € werden aber nicht für die Neuen Eutiner Festspiele bereitgehalten, sondern zur Disposition des Kuratoriums für innovative und andere förderungswürdige Projekte in der kreisweiten Kultur- und Kunstszene ausgelobt.

Unsere vier Anträge sind in den Fachausschüssen, im Finanzausschuss und auch im Kreistag abgelehnt worden. Die Fraktion hat alle Kreisthemen politisch besetzt, zu den Themen wurden Pressemitteilungen veröffentlicht. Weiterhin stellen wir u. a. Anfragen zu den Bereichen Deponie Lebatz, Biogasanlagen, Kreisanteil der Schülerbeförderungskosten, Ausgestaltung der Partnerschaft der Beruflichen Schulen, Familienatlas 2012 – Ergebnisbericht für den Kreis Ostholstein und weitere Anträge: Pflegefamilien-Situation im Kreis Ostholstein, Ausbau der Stromnetze in OH, Bildung einer Kooperationsklasse in Süsel, Kosten des ÖPNV, Raumordnungsverfahren zur Trassenfindung der Hinterlandanbindung einer festen Beltquerung.



Die SPD Fraktion hat sich seit 2003 nicht in die politische Schmollecke zurückgezogen, sondern mit ihren 17 Abgeordneten und den vier bürgerlichen Mitgliedern in der Fraktion die Oppositionsrolle im Kreistag übernommen und auf der Grundlage des Wahlprogramms von 2008 viele Anträge gestellt. Denn nur die SPD Fraktion im Kreistag kämpft für die soziale Gerechtigkeit. →

➔ Die politische Arbeit zeichnet sich durch Fraktionssitzungen, Fraktionsvorstandssitzungen, Sitzungen der Teilfraktionen, durch Klausuren und Gespräche mit Vereinen, Verbänden und Organisationen aus. Z. B. Firma Gollan, mit unseren 3 SPD Landtagsabgeordneten, Ostsee-Holstein-Tourismus, DGB Vorsitzenden Andreas Sankewitz, Landrat Sager, Unternehmensverband OH/Plön usw..

Wir bereisen ständig den Kreis Ostholstein unter dem Motto: „Fraktion vor Ort“ und führen Gespräche über aktuelle Themen vor Ort. Die Fraktion hat sich sehr aktiv an dem Kommunalwahlprogramm für 2013 beteiligt. Durch die enge Vernetzung, Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen, Fraktionen vor Ort, Kreisvorstand, MdLs und MdB und den zwei AGs Nord und Süd sind wir im Kreis Ostholstein politisch schlagkräftig und für die Wahlen 2013 sehr gut vorbereitet.

Als Fraktionsvorsitzender möchte ich mich besonders bei meiner Fraktion für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Wir haben alle gemeinsam sehr viel erreicht - weiter so!

Ich möchte mich auch im Namen der Fraktion bei der Verwaltung und bei der Presse für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Die Kreistagsfraktion wird auch weiter in dieser und in der kommenden Wahlperiode, mit neuen Mehrheitsverhältnissen, die erfolgreiche gestaltende politische Arbeit fortsetzen denn die Demokratie lebt von dem Wechsel.

Die Fraktion wird für das Jahr 2013 u. a. folgende Themen schwerpunktmäßig besetzen:

1. Keine Schulbuskosten
2. Breitbandversorgung
3. Netzausbau
4. Pflegeberatungstelle
5. Familienfreundlicher Kreis

Die im Kreistag abgelehnten Anträge werden uns auch im Jahr 2013 weiter begleiten.

Nach einem politisch sehr erfolgreichen Jahr 2012 wünscht euch die SPD Kreistagsfraktion frohe Festtage und einen erfolgreichen Start in das Wahljahr 2013.

Ich wünsche allen eine weiße Adventszeit, ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2013. ■

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender



Weihnachtsmärkte mit der AsF

Am dritten Advent wird die AsF Ostholstein auf den Weihnachtsmärkten in Süsel und Bosau an den SPD Ständen Weihnachtsplätzchen als Ermutigung für Frauen, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen, verteilen – so lange der selbstgebackene Vorrat an Frauenzeichen reicht. Die Weihnachtsmärkte beginnen am 16. Dezember um 13 Uhr, in Süsel findet er am Schulzentrum, in Bosau am Helmoldplatz statt. ■



AfA diskutiert FBQ

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD Ostholstein traf sich am 02.11.2012 zum Thema feste Fehmarnbeltquerung mit der AfA Stormarn und Gästen an Bord der Scandlines-Fähre Deutschland.

Im nächsten Jahr werden wir unter dem Thema „Ist der Zug schon abgefahren“ die feste Fehmarnbeltquerung von einer anderen Seite beleuchten, um wirklich alle, auch neue Aspekte, zu diskutieren. Für die Veranstaltung haben wir unter anderem Landrat Sager, Landrat Plöger und den Gewerkschafter Uwe Polkaehn angefragt. Der AfA Landesvorsitzende Wolfgang Mädler wird moderieren und wir hoffen auf eine rege Beteiligung in Neustadt oder Scharbeutz, Ort und Datum stehen noch nicht fest, werden Euch aber rechtzeitig mitgeteilt.

Ich wünsche Euch eine besinnliche Adventszeit und ein Frohes Fest, in der Hoffnung Euch alle gesund und munter im neuen Jahr wiederzusehen. ■

Inke-Marie
AfA Ostholstein

Weihnachtlicher Endspurt bei den Jusos

Das Jahr neigt sich dem Ende zu, und auch bei uns Jusos wird es langsam ruhiger. Bevor wir ganz in den Weihnachtstrott verfallen, steht aber am 8. 12 noch unsere Mitgliederversammlung in Bad Schwartau an. Die Masse an Anträgen (über 30!) bei unserer Jahreshauptversammlung im September ließ sich bei einem Termin nicht bewältigen und wird jetzt noch einmal abgearbeitet. Im Anschluss feiern wir dann unsere Weihnachtsfeier.

Eine Woche später, am 16. 12, haben wir dann noch den Juso-Landesausschuss zu Gast. Turnusgemäß ist Ostholstein an der Reihe, und passend dazu stehen auch große Themen an. Unter anderem wird es um die Neustrukturierung des Landesausschusses und das künftige Ostseeraum-Konzept des Juso-Landesausschusses gehen.

Dann aber wird es (hoffentlich) auch bei uns ruhiger werden. Zeit für einen kleinen Rückblick. Hinter uns liegt ein spannendes Jahr: der Beginn unserer Dänemark-Kooperation, im Frühjahr die Schuldiskussi-

onen mit den anderen Jugendorganisationen, ein anstrengender Wahlkampf, eine gewonnene Landtagswahl, die intensive Arbeit am Juso-Wahlprogramm 2013, unsere toll besuchte Jahreshauptversammlung im September, ein neuer Vorstand, viele Pläne und abschließend unsere beiden oben erwähnten Veranstaltungen.

Da ist es jetzt wirklich an der Zeit, einmal durchzuatmen, denn auch 2013 steht eine Menge an. Zum einen natürlich der runde Geburtstag unserer Partei, zum anderen die Bundestagswahl im September und nicht zuletzt natürlich auch die Kommunalwahlen im Mai, bei denen viele von uns Jusos kandidieren werden.

Auch 2013 freuen wir uns auf gute Zusammenarbeit mit unserer Mutterpartei, viele interessante Gespräche in den Ortsvereinen, tolle Wahlkämpfe und natürlich unsere Juso-Themen. In diesem Sinne: frohe Weihnachten und einen guten Rutsch! ■


Niclas Dürbrook



Noch närrischer als sonst ...



ging es am 11.11 um 11.11 Uhr bei den Jusos zu. Eher zufällig fiel die November-Sitzung auf den Beginn der fünften Jahreszeit und das wurde natürlich

ausgenutzt. Neben zahlreichen Juso-Kostümen konnten wir auch Lars Winter als roten Musketier verkleidet begrüßen. Nach einem entspannten Einstieg mit kleinem Umtrunk kamen dann aber auch noch die echten Themen auf den Tisch. Unter anderem stand das Thema der sozialen Ungleichheit zur Diskussion und wurde kontrovers und ausdauernd debattiert. ■



Foto © Tim Dürbrook

Foto © Yannick Ashby

Die Mischung macht's

Der neue AfB Vorstand setzt auf Vielfalt und Dialog

Über 150 Tage ist die SPD nun wieder federführend in der schleswig-holsteinischen Politik. Tage, in denen die neue Bildungsministerin Wara Wende sich vor allem als Ministerin des Dialogs etabliert hat. Um unser Bildungssystem langfristig zu festigen, brauchen wir den Dialog mit allen Betroffenen. Und genau diesen Dialog müssen wir auch in Ostholstein weiterführen. Wie soll die Zukunft der Kreisberufsschulen aussehen? Können wir

flächendeckend ein gutes Bildungsangebot stellen? Und wie bekommen wir die Schülerinnen und Schüler in die Klassen? Ziel für die Arbeitsgemeinschaft für Bildung ist, der SPD in den Kommunen und im Kreistag bei diesen Fragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Nach dem neunten Bildungsgespräch der AfB Ostholstein (siehe nächste Seite) wurde auf der Jahreshauptversammlung ein neuer Vorstand gewählt. Ich bedanke mich bei allen Anwesenden

zum einen für das mir entgegengebrachte Vertrauen bei der Wahl zum neuen Vorsitzenden, mein ganz persönlicher Dank geht an meine Vorgängerin Michaela Homann-Speck, die sich die letzten Jahre voller Herzblut den wichtigen Themen in der Bildung gewidmet hat, die im Alleingang die Bildungsgespräche organisiert hat und im Kreisverband wichtige Pfeiler gesetzt hat. Es freut mich außerordentlich, dass Michaela sich bereit erklärt hat unseren Vorstand auch weiterhin mit ihrer Erfahrung und ihrem Fachwissen zu bereichern. Zusammen mit Hans-Jürgen Fendt, Lina Köpsel, Björn Frohne, Tim Dürbrook und Nils Langer ist der Vorstand der AfB Ostholstein bestens besetzt, die vielen Felder im Kreis zu beackern. Unser Ziel für die kommenden zwölf Monate ist es, die Gespräche vor Ort weiter zu führen. Schon durch die gute Mischung von Lehre und Schülerschaft lebt die AfB Ostholstein diesen Dialog auch in ihrem Vorstand. Wenn wir es schaffen diese Vielfalt auch auszustrahlen, und auf kommunaler Ebene alle Beteiligten ins Boot zu holen, können wir zukunftsorientierte Lösungen finden, von denen alle profitieren. ■



v.l.n.r. Nils Lange, Lina Köpsel, Hans-Jürgen Fendt, Tim Dürbrook, Yannick Ashby, Björn Frohne, Michaela Homann-Speck

Yannick Ashby
Yannick Ashby
AfB Ostholstein



Foto © Lars Winter

AfB Neuntes Bildungsgespräch der AfB
SPD Inklusion, Lehre und Dialog

Am 7. November lud die AfB Ostholstein zum Gespräch rund um Bildung ins Hotel Stadt Kiel in Neustadt ein, dem neunten Bildungsgespräch, das die langjährige Vorsitzende Michaela Homann-Speck organisiert hatte. Zu Gast waren der AfB-Landesvorsitzende Ulf Daude und der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Kai Vogel.

Mit etwa 50 Teilnehmenden wurde nach einem Bericht über die Arbeit der neuen Landesregierung lebhaft über Lehrerbildung, den Bildungsdialog der Ministerin und vor allem Inklusion und die damit verbundenen Herausforderungen diskutiert. Besonders am Herzen lag den Anwesenden, wie die Inklusion an Schulen zur Selbstverständlichkeit werden könne.

Anfang des nächsten Jahres ist deshalb ein Infoabend zur Inklusion geplant, denn auch wenn die Situation in Schleswig-Holstein besser ist als in den meisten Bundesländern, gibt es noch einiges zu tun. Da waren sich alle Anwesenden einig.

Weiter ging es auch um die Entwicklung und Förderung sozialer Kompetenzen und sogenannter Soft Skills im Rahmen der Lehrerbildung. Hier wurde vieles von dem, was im Regierungsprogramm der SPD steht, bereits angeschoben. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich der Bildungsdialog von Prof. Wende weiter entwickelt. Kai Vogel und Ulf Daude haben bereits zugesagt, uns dazu gerne wieder Rede und Antwort zu stehen. Das zehnte Bildungsgespräch wird also nicht lange auf sich warten lassen.

Im Anschluss an das Bildungsgespräch fand die Wahl eines Vorstandes statt. Schwerpunkte der Arbeit sollen im kommenden Jahr vor allem der Dialog mit den Schulträgern, sowie die Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen und anderen Arbeitsgruppen sein, um Bildung im ganzen Kreis zum Thema zu machen. ■

Yannick Ashby
 AfB Ostholstein



Michaela Homann-Speck bedankt sich bei den Gästen Ulf Daude (links) und Kai Vogel, MdL.

Später – leider gibt es davon kein Foto – bedankt sich der neue Vorstand bei Michaela für die jahrelange Arbeit als Vorsitzende und Alleinorganisatorin der Bildungsgespräche. Die Redaktion schließt sich dem herzlichem Dank an.



60 plus Jahresrückblick

SPD Sowohl auf Kreisebene als auch bei den AG 60plus Gruppen in den Ortsvereinen war das Jahr 2012 recht erfolgreich. Das hatte aber nicht nur damit zu tun, dass im Zuge des demografischen Wandels die Mitgliederzahl stieg, sondern auch damit, dass sich einige stärker beteiligten.

Die monatlichen Veranstaltungen auf Fehmarn, in Heiligenhafen und Bad Schwartau waren stets gut besucht, zumal sie neben den geselligen Kaffeerunden auch lokale und landesweite Themen mit überregional bekannten Referenten boten. So kamen zwischen 50 bis 80 Teilnehmer und noch nicht einmal die Hälfte waren Parteimitglieder, sondern Besucher aus dem Ort oder der Region, die das Angebot interessant fanden.

Die Vorsitzenden Heinz Frohn und sein Vorstand von Fehmarn, Gerhard Poppendieker und seine Crew aus Heiligenhafen und Elisabeth Kremer und Axel Gieseler aus Bad Schwartau verdienen ein riesiges Lob. Ihrem Einsatz ist das positive Image der SPD AG 60plus vor Ort zu verdanken.

Auf Kreisebene hätten wir uns zwar immer mal ein paar Besucher mehr ge-

wünscht, aber 15.00 Uhr oder Vormittags ist für berufstätige Senioren oder Referenten nicht ideal, spätere Termine sind oft nicht seniorengerecht.

Schon im Januar 2012 hatten wir mit Christian Kröning einen ausgewiesenen Israelfachmann zum Thema Frieden in Nahost. Sandra Redmann und Lars Winter, die auch schon mal als Besucher kommen, stellten sich vor der Wahl den Fragen der Senioren, Holger Schädlich sprach als GF des Kreisbauernverbandes OH über die Entwicklung der hiesigen Landwirtschaft, Christian Burgdorf und Jochen Gust vom Eutiner Demenz-Forum berichteten über ihre Aufgaben und die Problemlösungen für die immer älter werdenden Menschen.

Nach der Sommerpause stellte Regina Poersch ihre Arbeit im Landtag und die Bereiche Wirtschaft und Tourismus aus der Sicht unserer Landesregierung vor.

Alle ein bis zwei Jahre berichtet uns der jeweilige Kommandeur des Aufklärungsbataillons 6 Holstein über den Einsatz der ostholsteinischen Soldaten. Kommandeur, Oberstleutnant Richard von Stetten, tat dies sehr kompetent, engagiert und offen.

Nur eine Woche später sprach der jüngste schleswig-holsteinische MdB und

Kreisvorsitzende des Kreises Rendsburg-Eckernförde und SPD-SH Parteiratsvorsitzende, Sönke Rix, als Mitglied des Bundestagsausschusses Familien, Frauen, Senioren und Jugend, über das Thema Miteinander für die Menschen in unserem Land, lebendige Diskussion.

Am 5. Dezember bildete die Kreis-Weihnacht, diesmal mit MP Torsten Albig, Prof. Doris Runge aus Cismar und der plattdeutsche-Geschichten-Erzählerin Bärbel Bierend aus Eutin den Abschluss.

Die Veranstaltungen für 2013 sind noch in der Planung, der Termin für die Jahreshauptversammlung steht aber schon fest, sie wird am 27. Februar stattfinden. Die Referentin zum Thema Ist der Euro noch eine Leitwährung und die Krise beherrschbar? wird die schleswig-holsteinische Finanzministerin Monika Heinold sein. Zugleich finden Vorstandswahlen statt.

Allen Genossinnen und Genossen, ganz unabhängig vom Jahrgang, wünsche ich im Namen des Vorstandes der AG 60plus OH ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes und friedliches Jahr 2013. ■

In solidarischer Verbundenheit
 Alfred Welack

